

Protokoll vom 26.09.2016

Workshop im Vorhaben EnGovernance

Externe Teilnehmer:

Herr Ranzinger	=	R
Herr Krämer	=	K
Herr Theis	=	T
Frau Krautheim	=	KH
Herr Scherzinger	=	S
Herr Kipp	=	KI
Herr Hansen	=	H

Vorstellungsrunde:

R: Drei Mitarbeiter beschäftigen sich in seiner Kommune mit dem Thema Klimaschutz. Diese sind nur dem Landrat unterstellt. 2013 wurde das IKK erstellt. Zunächst wurden technische Maßnahmen umgesetzt, derzeit sind die Menschen im Fokus der Umsetzung des IKKs.

K: Die Kommune befasst sich mit den Themen Wind, Biomasse, Beleuchtung und Elektromobilität.

H: Die Kommune besteht aus vier Gemeinden mit insgesamt 5.300 Einwohnern. Vor allem ist hier ein Gebäudemanagement des Landkreises notwendig. Ausgebaut wurden v.a. PV-Anlagen. 2006 kam Thema Fernwärmenetz auf, 2011 gab es eine Bohrung, um das Geothermie-Potenzial zu identifizieren. Durch Zusammenarbeit und Vertrag mit privaten Akteuren ist ein Fernwärmenetz möglich, hierzu wurde Fernwärme GmbH gegründet.

T: Die Kommune besteht aus 43 Ortsgemeinden und besitzt 50 Mitarbeiter. Die Kommune ist dünn besiedelt und ländlich geprägt. 2011 wurde eine eigene Anstalt des öffentlichen Rechts gegründet. Alle Gebäude sind mit PV-Anlagen versehen und auch Freiflächen-Anlagen wurden installiert. Windflächen wurden ausgeschrieben und Anlagen sollen mit Partnern gemeinsam betrieben werden. Weitere Ansätze sind ökonomische Vorteile hervorheben und Menschen sensibilisieren.

KH: V.a. Wind wurde ausgeschöpft. 1987 ersten Windpark Niedersachsens errichtet. Haben 10% Anteil an der in Niedersachsen produzierten Windenergie. Es gibt zwar keinen Klimaschutzmanager, aber Kompetenzzentrum. Insgesamt gibt es viele Projekte auch im Bereich Forschung.

S: Aufteilung in drei Gebiete, davon ist viel in Landesbesitz. Es stellt sich die Frage, wie die Energiewende als Thema in die Bevölkerung hineingetragen werden kann. Die Energieproduktion spielt nur eine untergeordnete Rolle. Dennoch ist der wirtschaftliche Faktor der Energiewende wichtig. So kam es zur Ansiedlung des Fraunhofer Instituts und von Unternehmen der Windenergieproduktion. Hier kam es aber zur großen Konkurrenz zwischen den Kommunen. Siemens siedelte sich in Cuxhaven an und somit ist die weitere Entwicklung und der Erhalt von Arbeitsplätzen ungewiss. Das Klimaschutzkonzept wurde mit dem Land entwickelt. Viel Potenzial ist durch die Bürger zu heben, die Kommune besitzt weniger Mieter als Hausbesitzer.

KI: Die Kommune ist sehr dünn besiedelt und liegt im Einzugsgebiet von Wolfsburg. Es gibt eine hohe Anzahl an Energieerzeugungsanlagen. Das Thema Geothermie ist präsent, aber noch nicht umgesetzt. Es gibt ein Innovationszentrum mit Energiebereich (Energieagentur). Schwerpunkte sind Bioenergie und Elektromobilität. Insgesamt arbeiten zwei Mitarbeiter im Bereich Energiewende.

Treiber/Hemmnis:

K: Landkreis besitzt weniger Handlungsmöglichkeiten als die Gemeinden und Städte. Juristische Instrumente bei der Energiewende anzuwenden noch nicht alltäglich und oft schwierig. Meistens werden dabei nur die vorgeschriebenen Standards beachtet, aber weniger die Klimaschutzaspekte.

R: Im Süden über 50% PV-Strom, energetische Sanierung eher schwierig. Viele PKWs bei ländlichen Typen.

R + S: Verwaltungsumbruch durch neue junge Mitarbeiter.

K: Verkehrsentwicklungskonzept ist teuer, deswegen wäre eine Förderung des Bundes hilfreich.

R: Verkehrskonzept wurde erstellt, aber dieses bringt noch nichts, da die Bevölkerung dieses umsetzen muss.

S: Ein Zuständiger für Klimaschutz ist wichtig, dieser wirkt auch in kleineren Gemeinden treibend.

Hier haben die Mitarbeiter oft viele unterschiedliche Handlungsfelder und wenig Kapazitäten.

K: Finanziellen Vorteile des Klimaschutzes sollten mit beachtet werden. Wenn die Maßnahmen mehr einsparen, als Zinsen hoch sind, ist Kredit möglich, teilweise sind die Einsparungen aber schlecht voraus zu sehen bzw. einzuschätzen. Hier wäre ein bundesweiter Handlungsleitfaden über die Effekte von Anlagen und Einspar- und Effizienzmaßnahmen sehr hilfreich.

R: Meist sind nur die Bilanzen wichtig, wodurch langfristige Investitionen oder die Einstellung eines Klimaschutzmanagers nicht möglich sind.

K: Wichtig sind Konzepte mit Zielen und ein umfassendes integriertes Konzept, welches auch Bereiche wie Mobilität anspricht.

R: Konkrete Ziele und konkrete Maßnahmen sollten bestimmt werden, um Grundsatzdiskussionen über den Klimaschutz und die Energiewende zu vermeiden. Denn Ziele und Maßnahmen können langfristiger in Verwaltung tätig sein, als das damit befasste Personal.

H: Lobbyarbeit (Autoindustrie) ist ein Problem, da so bspw. E-Autos relativ schlecht beworben werden. Die Kommune hat zwei E-Autos für Verwaltungsmitarbeiter angeschafft. Sonst haben auch IHKs und Stadtwerke oft andere Interessen als den Klimaschutz und die Energiewende.

S: Zu viele Eigeninteressen der relevanten Akteure, die schwer zusammenzubringen sind.

R: Lobbyismus sollte man durch Alternativen suchen und Wissen begegnen.

H: Drei von vier Gemeinden haben Fördervereine (Bürger und Gemeinderatsmitglieder) für EE-Projekte und Kommunikation.

S: Es gibt auch Förderprogramme für Vereine und Einzelpersonen.

R: Viele Förderprogramme, aber bei Antrag fehlt es an richtigem Wording oder den Formalien.

K: Qualitative Anträge sind nur mit gutem Personal zu erstellen, wenn aber Consulting notwendig ist, wird es sehr teuer für Kommunen. Consulting wahrzunehmen ist für kleinere Kommunen so schlecht realisierbar, dies sollte dann vom Landkreis wahrgenommen werden.

R: Beim Landkreis könnte Förderakquise gebündelt und bearbeitet werden.

H: Kreditvertrag und Förderantrag für ein Projekt wahrzunehmen schwierig, da viel Aufwand und Bürokratie. Banken verhalten sich auch aufgrund der Bankenkrise hemmend.

T: Wirtschaftliche und finanzielle Ebene spielt eine große Rolle, da vor der Umsetzung immer Kosten abgewogen werden. Medien besitzen einen großen Einfluss auf das Bewusstsein bzgl. der Energiewende.

K: Wifö ist ein Aspekt der Energiewende. Versuchen Industrie und Zulieferer regional anzusiedeln und durch know-how zum Klimaschutz und zur Energiewende zu unterstützen. Es gibt wenig Akzeptanz für Großprojekte, dabei braucht man die Bevölkerung bei der Umsetzung der Energiewende und deren Akzeptanz. Bei Widerstand kann ein Projekt auch kippen und nicht mehr realisiert werden.

S: Es gibt keine Energiepolitik und Wohlstand ist wichtiger als die Energiewende/-versorgung. 2006/2007 wollte man grünen Strom für die Kommune beschaffen, diese wollte dies aufgrund der Kosten nicht. Nun kauft die Kommune mit Bremen zusammen günstigeren Öko-Strom an der Börse ein (hier braucht man bestimmte Abnahmemengen).

KI: EEG-Novelle negativ v.a. für Bürger. Kosteneinsparungen sind durch niedrigen Preise für fossile Brennstoffe kaum noch möglich.

Handlungsempfehlungen:

Cluster 1

T: Konkrete Ziele und Maßnahmen sind da, wurden aber noch nicht umgesetzt. +

Gemeinsame Finanzierung eines Klimaschutzmanagers aufgrund der Zusammenarbeit und Kostenverteilung schwierig. –

Lokale Presse schwer mit einzubinden, aber möglich. + -

Netzwerkbildung von Landkreis und Gemeinden. + -

R: 38 Kommunen und Landkreis haben IKK 2013 gemeinsam entwickelt, wobei der Impuls vom Landkreis aus kam.

K: Kam bei ihnen auch vom Landkreis aus.

Cluster 4

H: Infobedarf (Wissen über neusten Stand der Energiewende und EE).

Wenn kreditwürdig, ist es eigentlich egal, bei welcher Bank man anfragt.

K: GLS und Umweltbank können mehr know how bieten, wodurch Projekte einfacher umzusetzen sind.

H: Bei der KfW Förderung kann man den Kredit schlecht planen, sind immer Tilgungszuschüsse, was praktisch nicht so gut umsetzbar ist. Hier muss man auch bei kleineren Projekten, die zu bewältigen sind, Darlehen aufnehmen, was es für die Kommunen schwieriger macht.

K: Bei Windenergieprojekten sind GLS und Umweltbank aufgeschlossener.

H: Best-practice wurde schon angesehen auch zusammen mit Bürgern durch Touren in Nachbarkommunen. Haben sich zwei E-Autos angeschafft.

Cluster 5

KH: Alle Förderungen, die passend sind, werden wahrgenommen. Damit gibt es keine Probleme. Hier ist auch ein Anteil an (Begleit-)Forschung dabei. Setzen gerade auf Kommunikation, um Akzeptanz zu steigern und Forschung und Innovation.

R: Mobilität und Wärme sind hier vielleicht neue Themenkomplexe nach der Stromerzeugung.

KH: Energetische Sanierung ist sehr kostenintensiv.

Cluster 6

K: Unterausschüsse positiv zu bewerten, da so mehr Zeit besteht, sich mit dem Thema zu beschäftigen. IKKs sind gute Grundlage mit konkreten Zielen. Vereine sind eher auf Landkreisebene zu finden. Energieagentur kann know-how bündeln und ist als Ansprechpartner da, v.a. positiv auf Landes- und Landkreisebene.

Cluster 7

S: KSM als Stabstelle zwar gut, braucht aber mehr als eine Person. IKKs bieten Entwicklungsrichtung und vermeiden Grundsatzdiskussionen.

R: Klimaschutz kann mit Tourismus, Mobilität und Gesundheit verknüpft werden.

S: Politisch verantwortliche Personen sind hier anzusprechen, hier sollte man genau überlegen wen man ansprechen will und warum man diesen Akteur braucht. Bei Ortsgesetzplänen bspw. will keiner die Verantwortung für eine mögliche Änderung übernehmen, da sich die Bürger womöglich bevormundet würden.

EnEV zwar mit Berichtspflicht, aber wird nicht kontrolliert.

Anschluss- und Benutzungszwang für Kommunen mögliches Instrument, aber zu viel Verantwortung für die Kommune.

R: Anreizprinzip auch möglich

S: Kita Passivhaus Standard 1. bundesweit, nicht pol. angeschoben, nicht beworben -> in Bremerhaven möglich mit Bundes- und Landespolitischen Willen

R: Informationsarbeit / Einfluss auf Politik ausschöpfen

Cluster 8

KI: Regionalverein 2 LK, 60 Mitglieder (aus Verwaltung ausgekoppelt)

Kommunalaufsicht LK streng, Kommunen haben eher neg. Bild von LK -> gemeinsames Interesse betonen

Exkursionen + Leuchtturmprojekte pos. und durchgeführt

historische gewachsene Regionen

Landräte wichtig, gut wenn dort sympathisch sind

3 Stadtwerke in Regionen

vieles hängt an Geschäftsführung

Rekommunalisierung hat nicht funktioniert -> große fordernde Aufgabe d. Stadtwerke

T: 2011 PV-Anlagen betreiben, nur Erzeugung

dünn besiedelt, Netz zu große Aufgabe

auch bei Verbandsgemeinschaftswerken nicht angesiedelt

R: Rekommunalisierung der Netze (E.on)

Idee dann wieder vom Tisch

virtuelles Kraftwerk mit Partner GmbH

T: 4 Gemeinden dazu Modellregionen

auslaufen der Förderung spielt heute schon Rolle der EEG

Machbarkeitsstudie

Juristischer Input / Diskussionen:

mehr Gesamtplanung + Umsetzung

Erzeugung nicht einziges -> Sparen + Effizienz

Verpflichtungen + Finanzierung / Ausstattung

neben Strom auch Mobilität + Wärme

fordern + fördern

Kommunen IKK-Verpflichtungen

-> handwerklich, technisch

-> keine Datengrundlage + keine Instrumente -> Umsetzungsproblem

-> Bund verpflichtet Länder auf Mindestvorgaben für Klimaschutzpläne -> Standardisierung /

Vereinheitlichung

Netzwerk aus Clusterkontakten

mehr Monitoring notwendig

gerade keine soliden Werte bei IKKs

Gesetze kontrollieren / keine Instanz

Landesvollzug hier gefragt

R: Länderquoten durch Bund + dazu passende Gesetzgebungen + Rahmen

I: Potenzial angepasste Quoten

CO₂ besteuern polit. nicht gewollt

nur Fokus auf CO₂, keine anderen THG oder Konsum

KI: passive Kommunen brauchen mehr Verpflichtungen

S: an kommunale Spitzenverbände -> an Ziele müssen auch Maßnahmen folgen + Umsetzung

Bund nimmt Kommunen wahr und passt Angebot an Bedürfnisse mehr an

T: konkrete Pläne, evaluieren, Vernetzung + Kommunikation

H: Fördermittel gut, noch Verbesserungen möglich

